



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, RSII3,
Postfach 12 06 29, 53046 Bonn

1) Bundesamt für Strahlenschutz
Postfach 10 01 49
38201 Salzgitter

vorab per Email

RSII3@bmu.bund.de
www.bmu.de

Schachtanlage Asse II – Gefahrenabwehr und strahlenschutzrechtliche Rechtfertigung der Rückholung

Mein Schreiben vom 02.02.2012,
Ihr Schreiben vom 08.02.2012, Az.: VP/cka 09101/0
Aktenzeichen: RSII3 - 14841/3

Bonn, 01.03.2012

Aufgrund Ihres Berichts erschließt sich mir nicht, auf welcher Grundlage Sie bereits heute einen Verstoß gegen zu erfüllende Anforderungen im Rahmen einer möglichen Stilllegung der Schachtanlage Asse II annehmen. Legt man die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland, rechtmäßig zu handeln, zu Grunde, komme ich zum Ergebnis, dass die von Ihnen genannten Vorschriften zur Gefahrenabwehr nicht als Grundlage Ihres Handelns herangezogen werden können. Unbeschadet der Frage, ob und wie eine Rückholung der Abfälle erfolgen soll und kann, ist der zurzeit laufende Betrieb gemäß § 57b i.V.m. § 9 AtG, bzw. § 57b AtG i.V.m. § 7 StrlSchV genehmigt.

Da der Gesetzgeber im Hinblick auf die Polizeipflichtigkeit der Bundesrepublik Deutschland mit § 57b AtG bewusst auf eine Aufsicht nach § 19 AtG verzichtet hat, gehen Sie fehl in Ihrer Auffassung, dass das BMU neben der Rechts- und Fachaufsicht auch die atomrechtliche Aufsicht inne hat.

Die unter Punkt 3 Ihres Schreibens dargelegte pauschale Aussage zu der strahlenschutzrechtlichen Rechtfertigung einer Rückholung der Abfallge-





Seite 2

binde aus der Schachtanlage Asse II kann allenfalls das Ergebnis eines Rechtfertigungsprozesses sein. Ich bitte Sie allerdings, die erwartete Veränderung des Schadensausmaßes zu beurteilen und die mit der Strahlung einhergehenden Konsequenzen abzuwägen. Dies beinhaltet nachvollziehbare Risikoabschätzungen für die verschiedenen Phasen der Rückholung, der Pufferlagerung, der Konditionierung vor Ort und der Zwischenlagerung bis hin zum Transport der Abfälle in ein Zielendlager.

Da Ihrer Aussage nach bisher keine Erkenntnisse vorliegen, die eine Risikoabwägung ermöglichen, besteht diesbezüglich meines Erachtens dringender Handlungsbedarf. Die Notwendigkeit einer weiteren Verfeinerung der Modellierung der Strahlenbelastung von Beschäftigten und der Bevölkerung wurde auch auf Ihrem Workshop am 18./19.01.2012 festgestellt. Auch die Entsorgungskommission hält es in ihrer Stellungnahme zu „Beschleunigungs-/Optimierungsmöglichkeiten in der Schachtanlage Asse II“ vom 02.02.2012 für erforderlich, „dass seitens des BfS entsprechende Rechnungen und Modellierungen zur Strahlenbelastung der Bevölkerung und der Beschäftigten erstellt werden und kontinuierlich fortgeschrieben werden. Dies [müsse]... alle im Raum stehenden Varianten und Optionen sowie möglichen Notfälle (insbesondere den unbeherrschbaren Lösungszutritt) umfassen.“ Dieser Meinung schließe ich mich an.

Notfall- und Vorsorgemaßnahmen auf der Asse haben absoluten Vorrang. Die Rückholung muss schnellst möglich durchgeplant werden, darf aber erst umgesetzt werden, wenn die Vorbereitungen für die Notfallmaßnahmen abgeschlossen sind und diese umgesetzt werden können. Die Wirksamkeit der Notfallmaßnahmen muss so gut sein, dass die Gefährdungssituation





Seite 3

während der Rückholung vertretbar ist. Dies muss durch entsprechende Risikoanalysen gezeigt werden.

Ich bitte Sie, mit den oben dargelegten Arbeiten unverzüglich zu beginnen und mir bis zum 5. April 2012 über den Stand ihrer Überlegungen zu berichten.

Im Auftrag

Dr. Greipl